

Kommentar Wirtschaftspolitik
2011/13 | 14. Juli 2011

Rückblick WP-Gespräche: Staatsschuldenkrise in Europa - Ursachen und Auswege

Im Rahmen der Wirtschaftspolitischen Gespräche der WKÖ und des Instituts für Höhere Studien (IHS) diskutierten am 13. Juli 2011 Prof. Clemens Fuest (Oxford University und Wissenschaftlicher Beirat des Deutschen Finanzministeriums) und Mag. Thomas Wieser (Leiter der Sektion Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte im BMF) über Realitätsverweigerung, Glaubwürdigkeit der wirtschaftspolitischen Regeln und Koordinierung in der Eurozone.

Aufhören mit Realitätsverweigerung

Laut Professor Fuest ist es ein Gebot der Stunde, dass „die Politik zur Überwindung der Krise“ - die seiner Meinung nach keine Liquiditätskrise, sondern Schuldenkrise sei - „der Realität ins Auge schaue“ und nicht über die Krise hinwegsehe. Denn diese Realitätsverweigerung habe bis dato beim Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), beim Erstellen der Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) sowie zum Teil bei der Behandlung der aktuellen Schuldenkrise und den Reformschritten zur besseren wirtschaftspolitischen Abstimmung (Six-Pack, reformierter SWP), vorgeherrscht.

Glaubwürdige Regeln sind notwendig

Vor diesem Hintergrund ist daher das Implementieren von glaubwürdigen fiskalpolitischen Regeln und Mechanismen zur Krisenprävention und -abwehr innerhalb der WWU, nämlich solche, die auch von den Mitgliedsstaaten befolgt werden, unabdingbar. Fuest ortete in diesem Zusammenhang einen Konstruktionsfehler der WWU, weil die Warnmechanismen und Sanktionsdrohungen im SWP sowie die No-Bail-Out Klausel nicht glaubwürdig waren und nicht die nötige Disziplin gebracht haben. Die derzeitige Form des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und des reformierten SWP sei keine große Verbesserung, weil die neue Verschuldungsregel unrealistisch und darüber hinaus ökonomisch nicht sinnvoll sei, da sie eine prozyklische Entwicklung vorsehen würde (bei hohem Wachstum sind hohe Defizite möglich). Tatsache ist, dass 2012 aller Voraussicht nach nur Deutschland diese Regel erfüllen kann, aber nur, weil es ein vergleichsweise hohes Wirtschaftswachstum haben wird.

Insgesamt, so Fuest, bräuchte es deshalb - neben einer Reform der Finanzmarkt- und Bankenregulierung zur Stärkung des Finanzmarktes - „auch eine Adaptierung des ESM“ (auf 3 Jahre beschränkte Finanzhilfe für betroffene Staaten; Schuldenschnitt nach max. 3 Jahren, wenn die Liquiditätshilfe ausreichend war und der Finanzsektor gestärkt wurde).

Ebenso müsse durch eine Kombination von Rettungsschirm und effektiver Finanzmarktregulierung sichergestellt sein, dass es „ein Verfahren für staatliche Insolvenzen bzw. Restrukturierungen gibt“ und die Robustheit des Finanzsektors muss gegeben sein, „um eine solche Restrukturierung absorbieren zu können“.

Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:

Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

Antizyklische Wirtschaftspolitik
bei konjunkturellen
Schwankungen.

Reform der Finanzmarkt- und
Bankenregulierung...

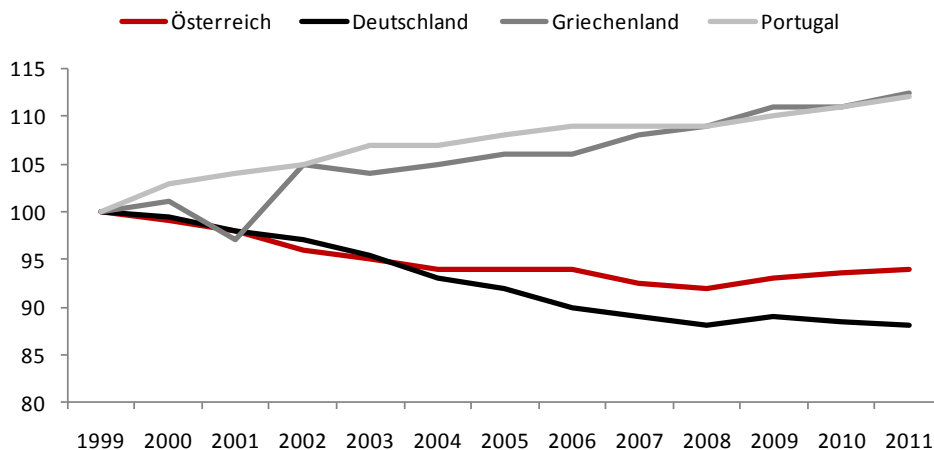
... sowie ein robuster
Finanzsektor muss gesichert
sein.

Mehr wirtschaftspolitische Koordinierung als neues Mantra - Lohnentwicklungen müssen sich an die Wettbewerbsfähigkeit halten

Thomas Wieser unterstrich in seinem Statement, dass eine der Lehren aus der europäischen Schuldenkrise sei, den Fokus „nicht nur ausschließlich auf die Fiskalpolitik zu legen“ bzw. auf eine innereuropäische Angleichung der nationalen Fiskalpolitiken, sondern eine bessere „gesamtwirtschaftspolitische Koordination“ notwendig ist. Laut Wieser ist vor allem das Auseinanderklaffen von Lohnentwicklungen und Produktivitätsraten bzw. Wettbewerbsfähigkeit für die Krise mitverantwortlich. Diese Lohnentwicklungen hatten in den Ländern der südlichen Peripherie Europas zur Folge, dass Löhne auf ein nicht rechtfertigbares Niveau (besonders im öffentlichen Sektor) gestiegen sind. Aus diesem Grund, auch wenn das Überwinden der Krise nunmehr schwierig sei, muss die Restrukturierung unbedingt auch „über die Löhne erfolgen“. Anstelle der für Eurozone-Länder nicht mehr zur Verfügung stehenden Wechselkursveränderung, muss auf „interne Abwertungsmechanismen“ zurückgegriffen werden.

Nicht rechtfertigbare Lohnentwicklungen, die nicht im Einklang mit Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stehen, müssen korrigiert werden.

Lohnstückkosten Eurozone = 100



Quelle: HTW Berlin

Was sind die Lehren aus der Schuldenkrise für Österreich?

Das Beispiel Griechenlands zeigt aus Sicht der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik, dass man ab einem gewissen Schuldenstand wirtschaftspolitisch handlungsunfähig ist. Österreich hat die Krise gut bewältigt, aber auch hier stiegen die Staatsschulden (2010: 72,3% des BIP) und die jährlichen Zinszahlungen (EUR 24 Mio. pro Tag) dramatisch an. Dies schwächt den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum für zukünftige Generationen enorm ein. Die Sanierung des öffentlichen Haushalts hat daher absolute Priorität. Das Geld der SteuerzahlerInnen und der Unternehmen soll für nachhaltige Zukunftsinnovationen (Bildung, Forschung und Entwicklung) verwendet werden und nicht für die Stützung unproduktiver Konsumausgaben. Außerdem sind, neben der fiskalpolitischen Konsolidierung, strukturelle Reformschritte längst überfällig.

Konsolidierung der Staatsfinanzen und ausstehende Strukturreformen sind die dringendsten Baustellen für die Bundesregierung.